

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

235. Jahrgang / 183

24. September 1980

Karsten D. Voigt MdB, Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit, zeigt Lehren aus dem Krieg zwischen Iran und Irak auf: Öl und angehäuftes Schießpulver.

Seite 1/2

Horst Seefeld MdB/MdEP berichtet, daß europäische Christdemokraten Schmidt die Daumen drücken: Angst vor Strauß.

Seite 3

Horst Grunenberg MdB zieht für die Bundesrepublik Bilanz aus der III. VN-Seerechtskonferenz: Sind wir die Verlierer?

Seite 4/5

Dokumentation

Hans Habe: Strauß und Amerika.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Öl und angehäuftes Schießpulver

Lehren aus dem Krieg zwischen Iran und Irak

Von Karsten D. Voigt MdB
Geschäftsführer der Initiative für Frieden, internationalen
Ausgleich und Sicherheit

Wenn der Krieg zwischen Iran und Irak nicht schnell wieder beigelegt wird, drohen Konflikte, die nicht nur die beiden Ölstaaten, sondern die gesamte Golfregion erschüttern und auch nicht ohne gefährliche Auswirkungen auf den Weltfrieden bleiben würden. Wenn Feuer an Öl und angehäuftes Schießpulver zugleich gelegt wird, drohen Explosionen, die über die unmittelbar Beteiligten hinaus auch Nachbarn zu Betroffenen machen. Um aus Betroffenen nicht zu Beschädigten und Verletzten zu werden, haben insbesondere die Regierung der Staaten der Golfregion allen Anlaß, auf den Iran und den Irak einzuwirken, damit diese ihre Kriegshandlungen sofort einstellen.

Es zeugt von Verantwortungsbewußtsein, wenn die Großmächte sich bisher aus dem Konflikt zwischen dem Irak und Iran heraushalten, nicht Partei ergreifen und auch nicht intervenieren. Es ist zu hoffen, daß sie diese bisherige Zurückhaltung weiter aufrechterhalten.

Durch ihre Waffenlieferungen sind die UdSSR und die USA aber bereits am Konflikt beteiligt. Der Iran kämpft über-



wiegend mit amerikanischen, der Irak überwiegend mit sowjetischen Waffen, ohne daß der Irak heute ein Instrument sowjetischer Außenpolitik oder gar der Iran ein Instrument amerikanischer Außenpolitik wäre. Ohne die Waffen der beiden Großmächte konnte der Krieg nicht begonnen werden, die Großmächte haben aber den Krieg nicht selber gewollt oder verursacht.

Sie wären jetzt auch nicht in der Lage, diesen Konflikt durch eigenes militärisches Eingreifen zu beenden, ohne damit eine gefährliche Ausweitung des Krieges und ein Übergreifen des regionalen Konfliktes am Golf auf das Ost-West-Verhältnis zu riskieren.

Die USA und die Sowjetunion haben die Waffen geliefert, sie haben aber inzwischen die Verfügungsmacht über die Waffen und ihren Einsatz verloren.

Hoffentlich gibt diese Entwicklung denen in Moskau, in Washington, in Paris, in London und auch in Bonn zu denken, die Waffenexporte in Länder der Dritten Welt bisher ohne Bedenken als geeignetes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Wirtschaftspolitik als arbeitsplatzsichernde Maßnahme angepriesen haben! Es ist höchste Zeit, daß endlich die nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan unterbrochenen Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über den Transfer konventioneller Waffen wieder aufgenommen werden. Die Militarisierung der Dritten Welt ist kein geeignetes Mittel zur Sicherung des Friedens oder auch von Rohstoffen.

Nach Afghanistan und Iran ist der Krieg zwischen Irak und Iran nun der dritte Konflikt in dieser Region in diesem Jahr, dessen ursprünglicher Anlaß in Konflikten innerhalb und zwischen Ländern der Dritten Welt begründet lag. Unsere Politik sollte dazu beitragen, daß es im Gegensatz zur sowjetischen Intervention in Afghanistan auch ohne die militärische Intervention einer Großmacht beendet wird.

Eine wichtige Aufgabe der deutschen Politik in der kommenden Legislaturperiode wird es sein, nach erfolgreichen zehn Jahren Ost-West-Entspannungspolitik jetzt auch Vorschläge zur friedlichen Lösung von Konflikten in der Dritten Welt zu entwickeln. Der Bericht von Willy Brandts Nord-Süd-Kommission ist ein wichtiger konstruktiver Beitrag zur Friedenssicherung in der Dritten Welt. Deutsche Kriegsschiffe am Golf wären - wie der gegenwärtige Konflikt beweist - eine destruktive Geste, die dort in der Golfregion und für die Bürger der Bundesrepublik die Kriegsgefahr verstärken würden.

(-/24.9.1980/ks/ca)

+ + +



Angst vor Strauß

Europäische Christdemokraten drücken Schmidt die Daumen

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Europäische Christdemokraten lassen sich nicht vor den Karren des Unionskanzlerkandidaten spannen - auch dann nicht, wenn der Kandidat um Schützenhilfe für den 5. Oktober ersucht. Nicht anders ist ein in diesen Tagen von Abgeordneten der CDU und CSU im Europaparlament veröffentlichter Wahlauf Ruf für Franz Josef Strauß zu werten.

Aufhorchen nämlich läßt die besondere Sorge, mit der in den Straßburger Wandelgängen während der letzten Sitzungswoche, im September, von Konservativen und Christdemokraten an deutsche Sozialdemokraten die Frage gerichtet wurde: "Schafft's Schmidt?" Man weiß, daß die Regierung Schmidt/Genscher ein zuverlässiger Partner für die Regierungen, die man in den verschiedenen EG-Ländern ja stellt, bedeutet.

Auch Kollegen der Europäischen Volkspartei, zu deren Fraktion deutsche CDU- und CSU-Abgeordnete zählen, verschweigen nicht, daß sie keinen Regierungswechsel in Bonn wünschen. Sie begründen dies vor allem mit dem Kanzlerkandidaten Strauß. Seine Affären und der von ihm praktizierte Wahlkampfstil der Diffamierung werden außerhalb der Bundesrepublik nicht geschätzt. Ein Kanzler Strauß bedeutet für manche von ihnen, Angst vor einer nicht zu kalkulierenden Politik einer deutschen Regierung.

Zur Erinnerung der Kandidat im Sonthofener O-Ton:

"Im Jahre 1955, 1960, 1965 oder wann auch immer, ist man in einem fast hoffnungslosen Zustand angelangt, wobei der moralische Zustand Europas schlimmer ist als der materielle oder der politische oder der militärische. Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind ausgetreten aus der Geschichte."

Im Europäischen Parlament muß man als deutscher Christdemokrat sachlicher sein als daheim, sich an Tatsachen und somit an der Wahrheit orientieren. Die Kollegen aus den anderen Ländern kann man nicht mit Schauernmärchen über die Situation der Bundesrepublik verdummen.

Gerade jetzt vor der Bundestagswahl in Deutschland weiß man bei den anderen acht EG-Staaten, wie stabil Währung und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sind. Mehr als einmal war in diesen Tagen von Politikern aus anderen Ländern und aus verschiedenen Fraktionen zu hören: "Eure Sorgen müßten wir haben, dann ginge es uns gut!"

Es steht ohne Zweifel fest: In anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft blickt man am 5. Oktober mit großer Spannung auf die Deutschen. Viele, die nicht zu den Anhängern sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien zählen und Verantwortung tragen, hoffen auf die Vernunft der deutschen Wähler und drücken Helmut Schmidt die Daumen.

(-/24.9.1980/bgy/ca)

+ + +



Sind wir die Verlierer?

Die Bundesrepublik Deutschland und die Ergebnisse der III. VN-Seerechtskonferenz

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Seerecht" der SPD-Bundestagsfraktion

Die III. VN-Seerechtskonferenz geht nun endgültig in ihre Schlußphase. Nach Abschluß der 9. Session liegt nunmehr ein informeller Konventionsentwurf vor, der Verhandlungsgegenstand der 10. Session in New York im Frühjahr des kommenden Jahres sein wird.

Die Stimmen nach der Genfer Session reichen von "Durchbruch" bis zu der Formulierung, daß die Bundesrepublik Deutschland "zu einem Binnenstaat degradiert" wird.

Dieses ist in erster Linie die Argumentation des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Westphal, der auch gleichzeitig als Sprecher der vier Küstenländer auftritt. Minister Westphal bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als klaren Verlierer dieser Konferenz, und er sieht schwerwiegende Folgen für die Bundesrepublik mit einer Seerechtskonvention heraufziehen. Grund für diese Niederlage ist nach seiner Ansicht die schlechte Verhandlungsführung der deutschen Delegation und nachlässige Behandlung dieser Konferenz durch die Bundesregierung.

Nun sind diese Vorwürfe nicht neu, und ihre ständige Wiederholung machen sie auch nicht wahrer. Zunächst einmal war ein Vertreter der Küstenländer aus Schleswig-Holstein ständiges Mitglied der deutschen Delegation; konnte sich also immer einen genauen Überblick über den Verhandlungsverlauf machen. Die Stellungnahme von Herrn Westphal sollte insoweit ausgewogener sein. Die übrigen Küstenländer, hier insbesondere Bremen und Hamburg, haben ihrerseits bislang keine Stellungnahmen zur Seerechtskonferenz abgegeben. Hamburg und Bremen werden sicherlich eher den Weg der Kooperation als den der Konfrontation wählen.

Generell ist festzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Teilnehmerstaat von 160 ist. Es gab und gibt sehr unterschiedlich verlaufende Interessenströme, insbesondere auch unter den Industrieländern. Die Verhandlungen wurden geprägt durch starke Entschlossenheit der Entwicklungsländer, eine Konvention zu schaffen, die den Interessen der Entwicklungsländer auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung entgegenkommt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zweifellos vielfältige Meeresinteressen. Sie ist aber auch ein Küstenstaat mit einer kurzen Küstenlinie und konnte daher nicht von vorneherein an der sich abzeichnenden Zonenentwicklung partizipieren. Diese Entwicklung der Schaffung von 200 Seemeilen-Wirtschaftszonen und der Ausdehnung des Festlandsockels bis zu maximal 350 Seemeilen war nicht aufzuhalten. Entwicklungsländer und Großmächte wollten diese Zonen. Was hätte die Bundesrepublik Deutschland in die Waagschale zu werfen gehabt, um hier eine andere Entwicklung einzuleiten? Und haben wir nicht aus ureigenstem Interesse diese Entwicklung durch Proklamation der EG-Fischerei-



zone mitgemacht? Wer will bestreiten, daß unsere Fischerei ohne die Europäische Gemeinschaft in weit stärkerem Maße belastet wäre.

Es stellt sich die Frage, wo da die Versäumnisse liegen. Es hieße doch, die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Exportinteressen, ihrem Interesse an freiem Welthandel und guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Partnerstaaten weit zu überschätzen. Sie hätte sich allenfalls in eine Außenseiterposition begeben, ohne letztlich Änderungen durchzusetzen. Allerdings, der Schaden einer solchen Haltung wäre größer gewesen.

Betrachtet man die Ergebnisse, so wird man feststellen können, daß der Seeverkehr im Küstenmeer, in Wirtschaftszonen und Meerengen auch zukünftig ohne nennenswerte Beschränkungen vorstatten gehen wird. Sicherlich steht den Küstenstaaten das Recht der ausschließlichen Nutzung der Ressourcen in Wirtschaftszonen zu.

Verfügen aber die Entwicklungsländer unter den Küstenstaaten über die Technologie, diese auch zu nutzen? Hier liegt doch auch für uns die Chance, im Wege der Kooperation und des Einsatzes unserer Technologie mit diesen Staaten in engere Verbindung zu kommen. Das gilt für die Meeresforschung genauso wie für den Meeresbodenbergbau. Wer soll denn zum Beispiel das zukünftige Unternehmen der Meeresbodenbehörde betreiben, wenn nicht die Staaten, die über die notwendige Technologie verfügen. Haben wir nicht mit dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus unseren Unternehmen die Möglichkeit schaffen wollen, unter staatlicher Absicherung ihre Technologie weiterzuentwickeln?

Es gibt eine Reihe von Punkten, über die in New York noch verhandelt werden muß, wo noch Verbesserungen erzielt werden können.

Das Gejammer aus Schleswig-Holstein, die nebulöse Behauptung, wir seien die Verlierer, ohne genau zu konkretisieren, wo denn die Nachteile liegen, und vor allen Dingen, um welche Nachteile es sich eigentlich handelt, führt doch zu keinem Ergebnis.

Die Seerechtskonvention wird uns die Chance geben, uns den Entwicklungsländern als Partner zur Verfügung zu stellen, den Einsatz unserer Technologie anzubieten. Hier eröffnen sich meines Erachtens Möglichkeiten für die gesamte meeres-technische Industrie. Von Verlierern zu sprechen, wird der Bedeutung der Seerechtskonferenz und der Schaffung einer Seerechtskonvention nicht gerecht. Es gibt keinen Sieg für irgendein Land oder für irgendeine Ideologie oder für einen Standpunkt. Eine Seerechtskonvention wird uns die Möglichkeit einer geordneten friedlichen Zusammenarbeit bieten. Das bedeutet nicht, daß wir eine Konvention nicht einer genauen Prüfung vor einer eventuellen Ratifizierung unterziehen müssen. Das bedeutet aber auch nicht, daß wir eine solche Konvention von vorneherein in Grund und Boden verdammen, weil sie unseren Interessen nicht in jedem Punkte in dem Maße gerecht wird, wie wir uns das vorgestellt haben.

(-/24.9.1980/Ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Unions-Kanzlerkandidat Strauß hat jüngst in Leer erklärt, im Falle einer Kanzlerschaft werde seine erste größere außenpolitische Reise nach Washington führen, um das "gestörte Verhältnis" zu den Amerikanern wieder in Ordnung zu bringen. Abgesehen davon, daß Strauß ein notorischer Nörgler im Hinblick auf die offizielle amerikanische Politik ist, ist einem Artikel des verstorbenen konservativen Kolumnisten Hans Habe aus dem Jahre 1962 (erschienen am 20. November 1962 in der NRZ) auch 18 Jahre später nichts hinzuzufügen.

Strauß und Amerika

Von Hans Habe

Gerüchte sind Spätgeburten, die sich besonders gut entwickeln. Eine solche gut entwickelte Spätgeburt ist das Gerücht, Franz Josef Strauß werde von den Amerikanern "gehalten". Es ist an der Zeit, das Gerücht zu untersuchen.

Franz Josef Strauß ist Verteidigungsminister eines NATO-Staates. Als solcher ist er dem mächtigsten Land der NATO, "natürlich" sozusagen, nicht egal.

Warum sollte Strauß für die Vereinigten Staaten wichtig sein? Die Antwort ist ebenso einfach wie unangenehm. In den amerikanischen Grusel-Filmen gibt es eine Erscheinung, die man "bogy-man" nennt. Nach dem Langenscheidtschen Wörterbuch heißt das Kobold, Popanz, Schreckgespenst. Wie die Grusel-Filme hat jedes Regime solche "bogy-men". Im Osten heißt er Ulbricht. Er wird von Moskau gehalten, weil ihn der Westen verabscheut; weil man, andererseits, den Satellitenstaaten vorhalten kann: Wenn ihr nicht brav seid, bekommt ihr einen Ulbricht.

Sind die Gerüchte also zutreffend?

Sie sind, wie gesagt, Spätgeburten. In der Eisenhower-Dulles-Ära war Franz Josef Strauß zweifellos eine Mischung aus Lieblingskind und "bogy-man". Es war die Zeit, in der man mit dem Säbel rasselte und sich für den U-2-Flug demütig entschuldigte. Man brauchte einen Säbelrassler. Die Kennedy-Epoche dagegen steht im Zeichen des Grundsatzes von Theodore Roosevelt: "Wandle leise - mit einem dicken Stock." Man braucht keinen deutschen Verteidigungsminister, der mit Amerikas Säbel rasselt.

Personenkult

Dazu gesellen sich andere schwere Bedenken. Die politischen Pläne und der "Personenkult" des Ministers entsprechen nicht der demokratischen Politik Kennedys. Strauß ständige Kritik an der militärischen Strategie der USA, seine Forderungen nach einer Atomaufrüstung Deutschlands, haben Strauß in Amerika unpopulär gemacht. Man fürchtet in Washington, Franz Josef Strauß könne sich zu Handlungen hinreißen lassen, die nicht auf der Gesamtlinie der NATO liegen.

Man ist wenig begeistert von einem Minister, dessen persönliches Verhalten zu einem ständigen Propagandaschlager für den Osten wird. Wäre Franz Josef Strauß immer noch



der Liebling Washingtons, General Norstad hätte sich mit seiner "Manöverkritik", die ganz und gar der inkriminierten "Spiegel"-Kritik entsprach, noch eine Weile Zeit gelassen. Und die offiziöse "Washington-Post" hätte nicht unter allen amerikanischen Zeitungen am schärfsten für den "Spiegel" Stellung genommen.

Trifft also das Gegenteil dessen zu, was die Gerüchte wissen wollen?

Nicht gebraucht

Die Wahrheit liegt in der Mitte. Franz Josef Strauß genießt in Washington das Ansehen eines "Bogy-Man a.D.". Man fürchtet, der Osten könnte das Verschwinden des Kobolds in der Zauberschachtel für ein Zeichen des "weichen Kurses" ansehen. Da von einem "weichen Kurs" keine Rede ist, braucht man - insbesondere in den unvermeidlichen Gipfelgesprächen - Männer wie Strauß. Nur eben Franz Josef Strauß braucht man nicht. Er hat die ganze Institution der gegenseitig verwendeten Schreckgespenster diskreditiert.

Die Leute, die - ärgerlich oder voll Hoffnung - annehmen, Strauß werde von Washington "gehalten", übersehen aber vor allem das Wesentliche. Bei aller Machtposition Amerikas, bei allen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA, kann Amerika keinen deutschen Minister "stürzen" oder "halten". Das Amerika John F. Kennedys täte es auch nicht, wenn es könnte. Man ist dort der Ansicht, ein souveräner Staat habe die Minister, die er verdient.

Mit der den Amerikanern eigenen, oft irritierenden Geduld beobachten sie das Verhalten ihrer Alliierten. Sie werden Deutschland nicht zu Strauß verurteilen. Aber sie werden Deutschland zweifellos danach beurteilen, ob es sich zu weiteren Strauß-Jahren verurteilt.

(-/24.9.1980/vo-he/ca)

